



Keupers

kritischer

Kommentar

01-02-2017

Januar 2017

Das BVG fällt ein kluges Urteil.

Das Bundesverfassungsgericht hat die NPD nicht verboten, obgleich das Gericht die Verfassungsfeindlichkeit dieser Partei feststellte. Nach Ansicht der Richter ist sie jedoch zu unbedeutend um eine Gefahr für unsere Demokratie zu sein und um das schwere Geschütz eines Verbotes anwenden zu müssen.

Dieser Urteilsspruch löste bei einigen unserer Zeitgenossen Kopfschütteln und Unverständnis aus, und doch ist es ein weiser Beschluss des Gerichtes. Denn wenn das Gericht ein Verbot ausgesprochen hätte, wäre die vorhandene Parteiorganisation der NPD wohl beseitigt worden, jedoch nicht die verfassungsfeindliche Gesinnung der Parteifunktionäre und ihrer Gefolgsleute. Diese wären ausgeschwärmt, hätten neue „Kameradschaften“, politische Gruppierungen, Gesprächs- oder Kulturkreise gebildet oder sich entsprechend vorhandenen angeschlossen, um weiter ihre abstrusen Ansichten und Parolen zu verbreiten. Wir müssen also erkennen, dass ein Verbot an dem Vorhandensein dieser extremen politischen Einstellungen dieser Menschen nichts verändern kann, und da ist es besser, man weiß, wo diese sich treffen und zusammensetzen. Man kann sie dann besser, wenn es nötig ist, beobachten und kontrollieren.

Extremes Denken kann man nur politisch bekämpfen.

Außerdem sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass bei uns in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, ein gewisser Teil der Bevölkerung, offen oder unterschwellig, extremnationalistisches Gedankengut pflegt und vertritt, oder zumindest für solche Ansichten und solches Denken empfänglich ist. Gleiches gilt übrigens auch für linksextreme Ideologien.

Das Gericht hat also richtig erkannt, dass diesen radikalen politischen Einstellungen und deren Verbreitung, nur vonseiten der Politik entgegengetreten werden kann. Dass nur politisches Handeln der demokratischen Kräfte und das Verhalten der Zivilgesellschaft die Machtentfaltung radikaler politischer Ansichten verhindern bzw. eindämmen kann. Das sollten die Verantwortlichen in den demokratischen Parteien, das sollten die Macher in der Regierung einer freien Demokratie erkennen und zu Herzen nehmen.

Denn ihr Handeln oder Nichthandeln ist Teil der Grundvoraussetzungen, ob radikale verfassungsfeindliche Ansichten der politischen Radikalen sich verbreiten können, ob die meist diffusen politischen Parolen in bestimmten Bevölkerungskreisen Gehör finden und sich dort verfestigen.

Äusteritätspolitik Brünings schadete der Demokratie.

Der Machtergreifung Hitlers gingen erhebliche und wesentliche politische Handlungsfehler der demokratischen Partei- und Regierungsverantwortlichen voraus, nicht nur in Deutschland, sondern auch auf der wirtschaftlichen Weltbühne. Ein Versagen gegenüber den Belangen weiter Teile der Bevölkerung, quasi ein Zusammenbruch des sozialen Gesellschaftlichen. Den Menschen in ihrer Not, und die Angst um ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder trieb sie in die Fänge dieser Radikalpolitiker, die ihnen eine bessere Zeit versprachen und die Schuld an der herrschenden Misere den demokratischen Kräften zuweisen konnten. Aber nicht nur die Nazis konnten damals auftrumpfen, auch andere Formationen, mittels radikallinker oder nationalkonservativer Aktionen und Parolen rüttelten damals an den Fundamenten der Demokratie.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bedrohen den Sozialstaat.

Auch heute entsteht wieder in vielerlei Hinsicht der Eindruck, dass die politisch Verantwortlichen versäumt haben, die Interessen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger in wünschenswerten und möglichen Umfang beachtet, respektive berücksichtigt zu haben.

Das bedeutet, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bedrohen wieder einmal den Sozialstaat, die Demokratie. Viele Menschen fühlen sich gesellschaftlich ausgegliedert, die Angst vor dem sozialen Abstieg geht um und führt zu Ressentiments, Fremdenhass und Wut auf die Etablierten. Jochen Bittner schreibt in der „Die Zeit“, vom 2. Juni 2016: „Der Vormarsch der Autoritären hat tiefer liegende Ursachen. Unser politisches System kann nicht mehr alle Verheißungen einhalten.“

Bei vielen Autoren in den Medien wird die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit in unserer Gesellschaft zu einem Problem, als Ursache, als Ausgangspunkt einer Entwicklung, dass rechte Politik zunehmend an Einfluss gewinnt, zunehmend Wählerstimmen unzufriedener Wählerinnen und Wähler an sich binden zu können. Es wird immer mehr erkannt, der Sozialstaat kann die Ungleichheiten anscheinend nicht mehr kompensieren. Doch soziale Ungleichheit ist auch ein Hindernis für Chancengleichheit, das heißt die um sich greifende Ungleichheit spaltet, wie einst, die Gesellschaft in unterschiedliche Klassen auf.

Zukunftspolitik für eine soziale Demokratie.

Wir, die Sozialdemokraten müssen aus der Situation, dass Teile der Bevölkerung aufgrund der vermeintlichen oder befürchteten Nachteile in Folge der zunehmenden Schiefelage unserer Sozialsysteme, der Demokratie, den demokratischen Parteien und deren Vertretern im Parlament und der Regierung den Rücken kehren und sich den politisch Radikalen zuwenden wollen, die Folgerung ziehen, dass wir auf diese Menschen zugehen müssen, ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen und entsprechende Vorkehrungen treffen, dass die Sozialsysteme wieder tief greifender ausgerichtet werden. Denn wenn die Ungleichheit in unserer Gesellschaft zur Bedrohung der politischen Gleichberechtigung, zur Bedrohung der Chancengleichheit wird, dann müssen wir handeln, damit die Demokratie nicht Schaden nimmt. Ein Zukunftsprogramm, eine Zukunftsvision müssen wir erarbeiten und den Wählerinnen und Wählern unterbreiten. Ein Zukunftsprogramm, was die Risiken, aber auch die Fortschrittsentwicklungen der nächsten Jahrzehnte aufzeichnet, die Bevölke-

rungsentwicklungen samt erforderlicher Migration, damit der demografische Wandel beherrschbar und das wirtschaftliche Wachstum weiterhin erhalten bleibt, Arbeit wieder Existenz sichernd ist. Unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles hat mit dem Weißbuch zur Arbeit 4.0 gewisse Ansätze, wenn auch etwas zu positiv ausgerichtet vorgegeben.

Beschäftigen wir uns also mit der Zukunft, gestalten wir die soziale Zukunft, dann, nur dann hat auch die Sozialdemokratie eine Zukunft.

In diesem Sinne

Wörrstadt, den 22.01.2017

Heinrich Keuper